



Studierendenparlament | c/o AStA-Sekretariat  
Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum, Germany

**Ruhr-Universität Bochum**

# *Die Studierendenschaft*

*Der Sprecher des  
Studierendenparlaments*

Wolfgang S. Rettich

c/o AStA-Sekretariat

Studierendenhaus Raum 004

44780 Bochum

Telefon: 0176 – 23 50 99 64

Mail: [wolfgang.rettich@gruene-bochum.de](mailto:wolfgang.rettich@gruene-bochum.de)

Bochum, im April 2009

## Beschlossenes Protokoll der 3. Sitzung des 42. Studierendenparlaments der Ruhr-Universität Bochum

Tag der Sitzung: Mittwoch, 01. April 2009

Zeit: 18:09 bis 22:05 Uhr

Ort: GBCF 04/714, GBCF 04/514 und GBCF 04/611 (aus technischen Gründen  
gewechselt)

### Tagesordnung:

- TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 2: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
- TOP 3: Festlegung der Tagesordnung
- TOP 4: Bericht des Parlamentssprechers und Anfragen
- TOP 5: Bericht des Allgemeinen Studierendenausschusses und Anfragen
- TOP 6: Wahl einer Vorsitzenden des Allgemeinen Studierendenausschusses
- TOP 7: Wahl einer Finanzreferentin des Allgemeinen Studierendenausschusses
- TOP 8: Wahl von stellvertretenden Vorsitzenden des AStA
- TOP 9: Wahl einer Kassenverwalterin
- TOP 10: Bestätigung von ReferentInnen
- TOP 11: Zweite und dritte Lesung des Haushalts 2009/2010
- TOP 12: Umbesetzung von Ausschüssen
- TOP 13: Verschiedenes

## TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Parlamentssprecher eröffnet die Sitzung um 18.09 Uhr. Er stellt fest, dass rechtzeitig zur Sitzung eingeladen wurde. Anna Dannert wird mit einer Gegenstimme zur Protokollantin gewählt, da der stellvertretende Studierendenparlamentssprecher verhindert ist.

Die Beschlussfähigkeit wurde wie folgt festgestellt.

Schöner Wohnen in Bochum (SWIB)

Matthias Thome / anwesend

Liberale Hochschulgruppe (LHG)

Nadine Gösser / anwesend

Andreas Rott / anwesend

Naturwissenschaftler (NaWi)

M. Pourkhessalian / nicht anwesend / keine Vertretung

Patricia Schneider / anwesend bis ca. 21:02 Uhr

Der schwarze Ritter ist Unbesiegbar (Ritter)

David Beckeherm / nicht anwesend / keine Vertretung

TuWas! (TuWas)

Kira Matheus / vertreten durch Xaver Gebhardt

Juso Hochschulgruppe (Juso HSG)

Sebastian Hammer / anwesend

Fatima Azroufi / anwesend bis ca. 21.30 Uhr, danach vertreten durch Sascha Roncevic

Grüne Hochschulgruppe (GHG)

Anna Dannert / anwesend

Judith Schwittek / vertreten durch Sven Schulz

Jan Keitsch / anwesend

Hasan Taskiran / anwesend bis 19:30 Uhr, danach vertreten durch Wael Nosseir

Javid Nasery / vertreten durch Karsten Finke

Wolfgang Rettich / anwesend

Esma Arslan / vertreten durch Esra Arslan

Ingmar Wichert / anwesend

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Ulf Bößmann-Hermann / anwesend bis 19:37 Uhr, danach vertreten durch Sascha Bednarz

David Bendig / vertreten durch Philipp Wirkotsch

Christopher Tjardes / anwesend

Julian Fennhahn / anwesend

Lars Lubisch / vertreten durch Kevin Rübenstahl bis 20:33 Uhr

Linke Liste (LiLi)

Veronika Pütz / anwesend

Fan Song / vertreten durch Sven Ellmers

Omer Aglossi / vertreten durch Birte Schleiting

Jos Schaefer-Rollfs / anwesend

Chihan Akyildiz / vertreten durch Jonas Molitor

Benedict Neugebauer / vertreten durch Jan Eufinger

Gaelle Malabo / vertreten durch Lars Laute

Pham Dang Khoa Le / vertreten durch Damian Pütz

alternativ liste (al)

Annika Klüh / anwesend

Kathrin Ebmeier / vertreten durch Jan-Benjamin Brill

Martin Degeling / vertreten durch Moritz Schulte

Christina Wolf / anwesend

Hanna Steppat / anwesend bis ca. 19:40 Uhr, danach vertreten durch Benjamin Bettinger

Somit sind zum Beginn der Sitzung 33 ParlamentarierInnen anwesend.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

In dem Protokoll der letzten Sitzung finden sich kleine Fehler, die verbessert werden sollen. Christian Wolf (al) wurde falsch geschrieben, außerdem steht Lukas Gödde (LiLi) nicht für den Wahlausschuss zur Verfügung. Das Protokoll wird inklusive der Änderungen mit 1 Enthaltung und 32 Ja-Stimmen angenommen.

TOP 3: Festlegung der Tagesordnung

Der Tagesordnung werden im Vergleich zur Einladung zwei Tagesordnungspunkte hinzugefügt: TOP 9 Wahl einer Kassenverwalterin sowie TOP 12 Umbesetzung von

Ausschüssen. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Wahlen wurden nach TOP 5 gesetzt.

#### TOP 4: Bericht des Parlamentssprechers und Anfragen

Der Parlamentssprecher berichtet von einigen Gesprächen; wichtige Informationen wird er an die entsprechenden Personen und Gremien weiterleiten.

Patricia Schneider (NaWi) fragt, wann die Homepage aktualisiert werde. Wolfgang Rettich (GHG) antwortet, die Homepage sei jederzeit aktuell.

Julian Fennhahn (RCDS) regt an, die Protokolle nächstes Mal papiersparender auszudrucken. Außerdem fragt er, wieso eine Mail von Peng Wang (AAR) über den Emailverteiler des Studierendenparlaments an mehrere ParlamentarierInnen verschickt werden konnte. Dem Parlamentssprecher war das Problem mit dem Mailverteiler nicht bewusst. Er wird sich darum kümmern.

#### TOP 5: Bericht des Allgemeinen Studierendenausschusses und Anfragen

Sven Elmers bedankt sich bei allen ReferentInnen.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt an, ob der AStA Aktionen zum NATO-Gipfel plane und ob Busfahrten angeboten werden. Ingmar Wichert (GHG) lädt zu den Busfahrten des Grünen Landesverbandes ein.

#### TOP 6: Wahl einer Vorsitzenden des Allgemeinen Studierendenausschusses

Mit 33 Stimmen wird ein WahlhelferInnenteam gewählt: Sina Wunderlich und Martin Heckenkamp von der FachschaftsvertreterInnenkonferenz (FSVK).

Julian Fennhahn (RCDS) schlägt Roman Scheuschner (RCDS) vor, zieht diesen Vorschlag jedoch wieder zurück.

Sven Elmers (LiLi) schlägt Karsten Finke (GHG) zum Vorsitzenden vor.

Es wird Personalbefragung verlangt.

Karsten Finke stellt sich als 27jähriger Student der Pädagogik und Sozialpsychologie vor. Er ist langjähriges Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und aktuell Referent für Ökologie, Frieden und Verkehr im AStA.

Julian Fennhahn (RCDS) stellt die drei „obligatorischen Fragen“: „Glaubst Du an Gott? Hast Du gedient? Bist Du vorbestraft?“ Karsten beantwortet alle drei Fragen mit Nein.

Kevin Rübenstahl (RCDS) möchte wissen, ob es eine AStA-Beitragserhöhung geben wird. Karsten erklärt, dass im Falle einer Beitragserhöhung diese in Sozialleistungen investiert werde. Das Geld soll nur zur Umverteilung von oben nach unten eingesetzt werden.

Christopher Tjardes (RCDS) fragt, ob Karsten sich als Vorsitzender dafür einsetzen wird, allgemeinpolitische Fragen zu behandeln. Karsten erläutert, dass Allgemeinpolitik zum AStA gehöre. Die Universität müsse politische Fragen klären, dies stehe sogar im Hochschulgesetz.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt, was Karsten von Polizeieinsätzen auf dem Campus halte. Karsten ist grundsätzlich gegen Polizeieinsätze auf dem Campus, aber im Falle eines Aufmarsches von Rechtsextremen mache der Einsatz Sinn.

Xaver Gebhardt (TuWas) stellt fest, dass es viele Kriege in der Welt gibt und fragt, ob Karstens Arbeit als Friedensreferent gescheitert sei. Karsten meint, für ihn persönlich sei es ein Scheitern.

Julian Fennhahn (RCDS) interessiert, ob Karsten ein breiteres Programm für Hochschulpolitik anbieten wird, damit alle Gruppen angesprochen werden können. Karsten erläutert, dass der Koalitionsvertrag morgen veröffentlicht werden würde. Ein Hauptthema sei der Bildungstreik. Aber auch die Campussanierung, Studiengebühren sowie kostenlose Bildung für alle.

Sebastian Marquardt (keine Listenzugehörigkeit) fragt, wie Karsten die Arbeit des letzten AStA werte. Karsten berichtet, dass es noch nie so viele Veranstaltungen gegeben hätte und dass es nun eine Fortsetzung an vielen, guten Veranstaltungen geben werde. Im Bereich der Verkehrspolitik z.B. gab es viele Beratungen; dies soll ausgeweitet werden. Außerdem könne der AStA eine gute Haushaltsführung verzeichnen.

Sebastian Marquardt (keine Listenzugehörigkeit) fragt an, ob der AStA Mitglied im fzs (freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften) sei. Karsten erklärt, dass es keine Mitgliedschaft im fzs gäbe und dass er diese auch für nicht

unproblematisch halten würde. Sebastian will zudem wissen, ob Karsten den fzs als „jusolastig“ empfinden würde. Karsten kann das bestätigen.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt, wie Karsten das BA/MA-System gefalle. Karsten meint, dass es schwierig sei, sich zu spezialisieren. Er würde sich aber noch genauer mit dem Thema auseinandersetzen wollen.

Sebastian Hammer (Juso HSG) will wissen, ob die Erhöhung des Sozialbeitrages nötig sei. Karsten erklärt, dass es bisher Planungen gäbe, den Beitrag zu erhöhen, es sei aber noch nicht entschieden. Es sollen zum Beispiel die Sozialabgaben der ReferentInnen übernommen werden.

Xaver Gebhardt (TuWas) interessiert, ob Sven Elmers Wirtschaftskoordinator wird. Karsten verneint dies.

Kevin Rübenstahl (RCDS) erfragt, ob Aktionen zur Weltwirtschaftskrise geplant seien. Karsten berichtet, dass es Proteste in verschiedenen Bereichen geben wird, Probleme der Weltwirtschaft würden theoretisch aufgearbeitet werden.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt nach Kopfnoten an der Uni. Karsten weist darauf hin, dass dies lediglich ein Aprilscherz der Uni war. Außerdem hält er Kopfnoten für unsinnig.

Patricia Schneider (NaWi) möchte wissen, warum keine Gespräche mit der NaWi geführt wurden. Karsten erläutert, dass der letzte AStA bestätigt wurde und deshalb keine zusätzliche Liste eingeladen wurde. Außerdem seien große programmatische Differenzen erkennbar.

Xaver Gebhardt (TuWas) fragt, warum Karsten AStA-Vorsitzender werden wolle. Karsten antwortet, er habe viele Erfahrungen sammeln können und er wolle den AStA positiv weiterentwickeln und viel verändern.

Julian Fennhahn (RCDS) erkundigt sich, was Karsten für die AutofahrerInnen tun wolle. Karsten erklärt, dass in erster Linie der ÖPNV aus sozialen und ökologischen Gründen genutzt werden solle. Die Verwaltung sollte aber trotzdem die Beschilderung verbessern und Abschleppungen sollten vermieden werden.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt, wie viele ReferentInnen eingestellt würden und welche Referatsstruktur geplant sei. Karsten sagt, dass die Anzahl der ReferentInnen erhöht wurde. Die Referatsstruktur bleibe weitgehend erhalten. Im Vergleich zum Vorjahr wird es ein weiteres Referat geben.

Julian Fennhahn (RCDS) hakt nach und will wissen, was die neuen Referate genau machen würden. Karsten erklärt, dass Internationalismus ein problematischer Begriff sei; deshalb habe man den Themenschwerpunkt ausdifferenziert. Friedensarbeit und antirassistische Aktionen und Veranstaltungen seien geplant. Das Referat für Vielfalt und Integration solle eine Kooperation mit dem AAR angehen.

Auf die Frage von Sebastian Marquardt (keine Listenzugehörigkeit), welches Problem Karsten mit der NaWi habe, entfacht eine Diskussion. Sven Görgens (GHG) stellt den GO- Antrag, diese Debatte zu beenden. Dies ist nicht möglich. Lukas Gödde (LiLi) stellt den GO-Antrag, Sebastian das Rederecht zu entziehen. Karsten lenkt ein und verspricht, mit Sebastian zu einem späteren Zeitpunkt darüber zu reden.

Sascha Roncevic (Juso HSG) fragt, wo sich Karsten bei den Grünen einordnet. Karsten positioniert sich am linken Rand der Grünen.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt, inwieweit die Vergabe von Mitteln an Gruppen, die nicht „unibezogen“ sind, geplant sei. Karsten stellt das Wort „unibezogen“ in Frage und merkt an, dass z.B. antifaschistische Arbeit auch unibezogen sei. Alle demokratischen Projekte / Gruppen können grundsätzlich gefördert werden.

Sascha Roncevic (Juso HSG) meint, es gäbe Gerüchte, dass ein AStA den Beginn eines Krieges gefeiert hätte. Karsten kennt das Gerücht nicht und kann es definitiv ausschließen.

Es wird eine 10-minütige Fraktionspause eingelegt.

Die Befragung wird um 19.13 Uhr fortgesetzt.

Julian Fennhahn (RCDS) erkundigt sich, ob das Angebot an Speisen und Veranstaltungen im Kulturcafé ausgebaut werden soll. Karsten äußert, dass alles Mögliche geprüft würde – z.B. die Anschaffung eines Zeltes für RaucherInnen.

Fatima Azroufi (Juso HSG) fragt, wie Karsten zum Boykott der Studiengebühren stehe. Karsten erklärt, dass Aktionen durchgeführt würden, wenn es genug Studierende zur Unterstützung geben würde.

Phillip Wirkotsch (RCDS) interessiert, in welchen Vereinen/Gruppen Karsten Mitglied ist. Karsten zählt Attac, pro Asyl, amnesty international, Greenpeace und die GEW auf.

Julian Fennhahn (RCDS) will wissen, ob es die Rote Ruhr Uni weitergeben wird. Karsten kann dies bejahen.

Der Parlamentssprecher erteilt Sebastian Marquardt (keine Listenzugehörigkeit) einen Ordnungsruf, da er immer wieder die Sitzung durch Zwischenrufe stört.

Sascha Roncevic (Juso HSG) weist darauf hin, dass es eine ungleiche finanzielle Behandlung zwischen dem Autonomen Schwulenreferat (ASR) und dem Autonomen Frauen- und Lesbenreferat (AFLR) gebe. Er fordert, dass das ASR mehr Geld bekommen sollte. Karsten würde diese Handhabung als sexistisch ansehen. Frauen und lesbische Frauen decken über 50 Prozent der Studierendenschaft ab. Außerdem entspreche der Haushaltstopf für das ASR den Wünschen des ASR.

Sascha Roncevic (Juso HSG) erklärt, dass nach dieser Logik auch die Finanzen des Autonomen AusländerInnenreferats (AAR) gekürzt werden müssten. Er berichtet, dass auf der letzten Sitzung des ASR Anschaffungsideen gesammelt wurden.

Sven Görgens (Sprecher der FachschaftsvertreterInnenkonferenz) berichtet, dass zwar Wünsche auf der Sitzung aufgekommen wären, andere Ausgaben sollen dagegen aber eingestampft werden, zum Beispiel DVDs.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt nach dem Verteilungsprinzip der Mensafreitische. Karsten kennt die genauen Kriterien nicht, macht sich aber kundig.

Sascha Roncevic (Juso HSG) fragt, was Karsten von einer rot-grünen Koalition halte. Karsten empfindet eine solche Koalition als okay.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt, was zum Campusfest geplant sei und ob es eine Mensaparty geben wird. Karsten erklärt, dass es keine Mensaparty geben wird. Das Campusfest fällt in den Aufgabenbereich des Kulturreferats.

Philip Wirkotsch (RCDS) fragt, wieso nicht anstatt der Roten Ruhr-Uni eine Grüne Ruhr-Uni geplant sei. Karsten äußert, dass es natürlich viele Veranstaltungen geben wird, die ökologische Aspekte betreffen.

Julian Fennhahn (RCDS) möchte wissen, wie die Zusammenarbeit mit dem Hochschulrat (HSR) aussehen wird. Karsten sagt, dass einzelne Personen vielleicht nette Menschen seien. Zentral bleibe jedoch, dass der Rat ein sehr undemokratisches Mittel sei. Die Mitglieder seien größtenteils schlecht über die Universität informiert; der HSR gehöre abgeschafft.

Sven Ellmers (LiLi) fragt Karsten, ob er sich bewusst sei, dass die Rote Ruhr-Uni zahlreiche Themen zu dem Themen Ökologie und Umweltschutz biete. Karsten bejaht dies.

Julian Fennhahn (RCDS) interessiert, ob Karsten denkt, die Verfassung der Studierendenschaft solle nach der Landtagswahl reformiert werden. Karsten ist der Meinung, die Möglichkeiten der Verfassten Studierendenschaft sollten ausgeweitet werden. Das Hochschulfreiheitsgesetz soll verbessert werden und falls es dazu Anhörungen gäbe, würde sich der AStA daran beteiligen. Es müsse mehr Freiräume für die Studierendenschaft und mehr Geld geben.

Julian Fennhahn (RCDS) erkundigt sich, ob linksradikale Aktionen/Organisationen unterstützt werden. Karsten erklärt, dass keine Organisationen unterstützt würden, die Gewalt anwenden.

Ingmar Wichert (GHG) fragt, ob Teilorganisationen wie Burschenschaften auch im Verfassungsschutzbericht erscheinen sollten. Karsten bejaht dies. Sie müssten auch auftauchen.

Phillip Wirkotsch (RCDS) fragt, wie Karsten zum Staat Israel stehe. Karsten erkennt den Staat an und würde Israel gerne mal besuchen.

Tobias (keine Listenzugehörigkeit) fragt nach, wie Karsten zu einem Staat Palästina stehe. Karsten sagt, wenn er demokratisch organisiert sei, dann stehe er dem positiv gegenüber.

Julian Fennhahn (RCDS) erkundigt sich, wie Karsten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung stehe. Karsten möchte sie positiv weiterentwickeln.

Tobias (keine Listenzugehörigkeit) möchte wissen, ob es eine Veranstaltung für die freiheitlich demokratische Grundordnung geben wird. Karsten stimmt dem zu und erklärt, dass die Veranstaltungen gerade entwickelt werden.

Christopher Tjardes (RCDS) fragt nach antikommunistischen Veranstaltungen. Karsten berichtet, dass es antistalinistische, aber nicht antikommunistische Veranstaltungen geben werde.

Befragung wird um 19.36 Uhr geschlossen.

Karsten wird mit

22 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen und 1 ungültigen Stimme

zum Vorsitzenden gewählt.

Er nimmt die Wahl an.

Julian Fennhahn gibt eine persönliche Erklärung ab, dass der RCDS geschlossen gegen Karsten gestimmt habe.

Karsten bedankt sich bei all seinen WählerInnen und seinem Vorgänger.

TOP 7: Wahl einer Finanzreferentin des Allgemeinen Studierendenausschusses

Als Finanzreferent wird Jonas Molitor (LiLi) vorgeschlagen. Er stellt sich als bisheriger Referent für Öffentlichkeitsarbeit vor.

Tobias (keine Listenzugehörigkeit) fragt, ob Jonas gedient habe. Jonas verneint und erklärt, dass er Zivildienst geleistet habe.

Thomas Herwig (RCDS) erkundigt sich, ob Jonas die Haushalts- und Wirtschaftsordnung NRW (HWVO NRW) kenne. Jonas arbeite sich gerade ein, und hat HelferInnen, die ihn bei der Einarbeitung unterstützen.

Julian Fennhahn (RCDS) interessiert, ob er weitere Qualifikationen für das Amt habe. Jonas verneint.

Sascha Roncevic (Juso HSG) will wissen, ob er das Amt eher administrativ oder auch politisch sehe. Jonas sieht es eher administrativ, politische Entscheidungen werden in der Koalition getroffen und er wirke in diesem Rahmen am Haushalt mit.

Julian Fennhahn (RCDS) würde gerne konkreter erfahren, woran Jonas bei der Haushaltsaufstellung mitgearbeitet habe. Jonas kann dies nicht konkretisieren. Julian hakt nach und fragt nach Jonas' Vorschlägen. Jonas hat vorgeschlagen, den Initiativen-Topf zu erhöhen und die Sozialausgaben auszubauen.

Philip Wirkotsch (RCDS) erkundigt sich, was ein Rechnungsabgrenzungsposten sei. Daraus entstand ein Wortwechsel zwischen Jonas, René Voss und Philip Wirkotsch der nicht mehr rekonstruiert werden kann.

Thomas Herwig (RCDS) will in Erfahrung bringen, ob Jonas Konzepte gegen Verluste der Wirtschaftsbetriebe habe. Jonas erklärt, dass das unter anderem die Aufgabe des/der WirtschaftskoordinatorIn sei. Thomas fällt auf, dass im Haushalt Verluste eingeplant seien und zudem der/die KoordinatorIn Geld koste und fragt

an, wie diese Rechnung aufgehen könne. Jonas erklärt, dass es sich bereits im nächsten Jahr rechnen würde.

Julian Fennhahn (RCDS) will wissen, wo Jonas politisch stehe. Jonas erklärt, dass er Mitglied der Linken Liste sei, dass er ansonsten keine Fragen beantworte, die seine Weltanschauung betreffen.

Sascha Roncevic (Juso HSG) möchte wissen, wie Jonas einer/m Studierenden, die/der nichts mit Hochschulpolitik zu tun hat, seinen Job erklären würde. Jonas zählt folgende Aufgabenbereiche auf: administrative Aufgaben, Haushaltsplan aufstellen, Prüfung von Anträgen, Buchungen etc.

Martin Heckenkamp (Sprecher der FachschaftsvertreterInnenkonferenz) fragt, ob er bereit sei, mit den FSVK-SprecherInnen zusammenzuarbeiten. Jonas bejaht.

Sascha Roncevic (Juso HSG) geht noch mal auf die Äußerung zurück, der Finanzreferent sei als administratives Amt zu verstehen, und fragt nach, ob sich Jonas auf AStA-Sitzungen enthalten werde. Jonas verneint, er würde sich nicht enthalten.

Thomas Herwig (RCDS) erkundigt sich nach den Öffnungszeiten. Jonas erklärt, es werde feste Öffnungszeiten geben.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt, ob Jonas das Recht, Ausgaben zu beanstanden, bei der AStA-Sitzung ausüben werde. Jonas erklärt, dass nur der Vorsitzende das Beanstandungsrecht besitze.

René Voss (LiLi) erklärt, der Finanzreferent habe Ausgaben deren Zahlung nicht gesichert ist zu beanstanden und eine neue Abstimmung zu verlangen.

Benjamin Sadowski (GHG) findet es amüsan, dass die Oppositionslisten, die keine Ahnung vom Haushalt haben, so viele Fragen stellen. Jonas findet dies ebenfalls sehr amüsan.

Lukas Gödde (LiLi) fragt, ob Jonas der Auffassung sei, dass es Aufgabe der Listen sei, den Studierenden zu vermitteln, wie die finanziellen Abläufe an der Uni funktionieren. Jonas bejaht. Lukas fragt außerdem, ob Jonas in der Lage sei, auf das Wissen seiner Vorgänger zurückzugreifen. Jonas bejaht erneut.

Jonas bittet darum, dass keine inhaltlosen Fragen mehr gestellt werden sollen.

Philip Wirkotsch (RCDS) erkundigt sich, ob Jonas sich darüber bewusst sei, dass er über einen siebenstelligen Betrag mitverantwortlich sei und er allen Studierenden verpflichtet sei, Rechenschaft abzulegen. Jonas bejaht.

Sascha Roncevic (Juso HSG) erkundigt sich, ob Jonas gewillt sei, im Haushaltsausschuss (HHA) mehr als ja und nein zu antworten. Jonas erklärt, sowohl hier als auch im HHA will er antworten, nicht aber auf persönliche Fragen.

Sebastian Marquardt (keine Listenzugehörigkeit) beantragt das Rederecht. Es muss abgestimmt werden (27 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung). Sebastian wird das Rederecht erteilt. Sebastian fragt, über wieviel Geld die Studierendenschaft verfügt. Jonas gibt 8,5 Mio. Euro an. Ohne das NRW-Ticket sind es etwa 1,5 Mio.

Julian Fennhahn (RCDS) erkundigt sich, ob Jonas Vereine prüfen werde. Jonas gibt an, Überprüfungen durchführen zu werden.

Thomas Herwig (RCDS) fragt, wie so eine Überprüfung aussehe. Jonas erklärt, dass in den Vereinen VertreterInnen sitzen, die es überprüfen.

Der Parlamentssprecher schließt die Befragung um 20.20 Uhr.

Jonas wird mit  
23 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, einer ungültigen Stimme und 0 Enthaltungen  
gewählt.  
Jonas nimmt die Wahl an.

TOP 8: Wahl von stellvertretenden Vorsitzenden des AStA

Karsten Finke schlägt folgende Personen vor:

Annika Klüh (al), sie ist 24 Jahre alt und verfügt laut eigener Aussage über viel politische Erfahrung.

Jan Eufinger (LiLi) war bisher Referent für Kritische Wissenschaften.

Matthias Brunnert (SWIB) ist 25 Jahre alt, bisheriger Kulturreferent und Vorstandsmitglied.

Sven Schulz (GHG) ist 31 Jahre alt und war bereits im vergangenen Jahr im AstA-Vorstand tätig.

Christian Wolf (al) ist ehemaliger Finanzreferent.

Patrick Stender (SWIB) ist nicht anwesend und muss nachgewählt werden.

Personalbefragung wird beantragt:

Julian Fennhahn (RCDS) will von allen wissen: Glaubst Ihr an Gott? Habt Ihr gedient? Seid Ihr vorbestraft? Zudem erfragt er, wo sich die Personen politisch verorten.

Annika kann die ersten drei Fragen mit nein beantworten. Sie ist Mitglied der alternativen liste und steht politisch hinter den Positionen ihrer Liste. Matthias hat den Zivildienst geleistet und ist weder vorbestraft noch glaubt er an Gott. Er ordnet sich als links ein und wird zum Wohle der Studierenden handeln. Jan ist Atheist, war Offiziersanwärter und ist nicht vorbestraft. Er ist Mitglied der Partei „Die Linke“; passt aber in keine Schublade. Christian kann die ersten drei Fragen mit nein beantworten. Er will sich in keine Schublade stecken lassen und steht hinter den Positionen der al. Sven hat weder gedient noch ist er vorbestraft. Er glaubt an Gott und ordnet sich politisch zwischen „grün“ und „rot“ ein.

Jan-Benjamin Brill (al) fragt Christian nach seiner Verbindung zur Mafia. Christian gibt dazu kein Kommentar ab.

Sascha Roncevic (Juso HSG) fragt, ob die anderen in Parteien/Organisationen organisiert seien und wie sie ihren Einfluss auf die Landtagswahlen einschätzen. Jan erklärt, dass sich der AStA nicht parteipolitisch positionieren sollte. Christian ist kein Parteimitglied und gehört keiner Organisation an. Er wird wählen gehen und somit Einfluss ausüben. Annika meint auch, parteipolitisch sollte die Arbeit des AStA nicht sein, aber sie freut sich, wenn Studiengebühren abgeschafft würden. Sie ist Mitglied bei Greenpeace. Matthias ist in keiner Partei, geht trotzdem wählen und hofft auf einen Regierungswechsel. Sven ist im Sport- und Schützenverein im Heimatdorf, SPD-Mitglied, beim ADAC, in der Römisch-Katholischen Kirche, bei der NGG und beim SC Aufruhr.

Ingmar Wichert (GHG) erkundigt sich, ob Sven die Chance sehen würde, dass die Mitgliedschaft bei der SPD ende. Sven erklärt, dass die einzige Alternative die Grünen seien.

Sascha Roncevic (Juso HSG) erklärt, dass Sven der ideale AStA-Vorsitzende wäre – aufgrund der Heimmattreue, seiner linken Gesinnung und des Parteibuchs. Sven denkt, er könne AnhängerInnen finden, aber er möchte es nicht den Koalitionspartnern antun.

Thomas Herwig (RCDS) bemerkt, dass es sechs Männer, aber nur eine Frau im Vorstand gibt und möchte wissen, wie sie das mit ihrer politischen Position vereinbaren können. Jan Eufinger (LiLi) erklärt, der RCDS denke, die Zweigeschlechtigkeit sei naturgegeben, die Linke Liste vertritt dagegen die Geschlechterdekonstruktion. Es gibt keine Kategorien ‚männlich‘ und ‚weiblich‘.

Julian Fennhahn (RCDS) fragt, warum so viele Personen im Vorstand sind. Jan Eufinger (LiLi) erklärt, dass im AStA-Vorstand alle Listen vertreten sein sollen. Bestimmte Aufgaben können nur vom Vorstand übernommen werden, deshalb seien sechs StellvertreterInnen für einen guten Service wichtig.

Befragung wird um 20.57 Uhr abgeschlossen.

Der Wahlgang wird eröffnet:

Annika: 22 Ja / 10 Nein

Jan: 21 Ja / 11 Nein

Matthias: 23 ja / 8 Nein / 1 Enthaltung

Sven: 21 ja / 10 nein / 1 Enthaltung

Christian: 23 ja / 9 nein.

Alle nehmen die Wahl an.

Patricia Schneider (NaWi) verlässt die Sitzung.

TOP 9: Wahl einer Kassenverwalterin

Karsten Finke (GHG) schlägt Angelika Klinger vor. Ingmar stellt Antrag auf öffentliche Wahl. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Angelika Klinger wird mit einer Gegenstimme zur Kassenverwalterin gewählt.

TOP 10: Bestätigung von ReferentInnen

Karsten Finke verliest folgende Liste der ReferentInnen

GO-Antrag von Sascha Bednarz (RCDS): Die Liste aller ReferentInnen soll an das Protokoll angehängt werden. Der Studierendenparlamentssprecher verweist Sascha Bednarz auf die Satzung. In dieser ist festgelegt, dass relevante Informationen in das Protokoll gehören und die Aufzählung somit auf jeden Fall in das Protokoll aufgenommen wird.

Vorsitz

Karsten Finke (GHG)

Finanzen

Jonas Molitor (LiLi)

Vorstand

Annika Klüh (al)

Matthias Brunnert (SWIB)

Jan Eufinger (LiLi)

Sven Schulz (GHG)

Christian Wolf (al)

Öffentlichkeitsarbeit

Jan Keitsch (GHG)

Jan Eufinger (LiLi)

Lukas Gödde (LiLi)

Hochschul- und Bildungspolitik

Benjamin Bettinger (al)

Felix Bremer (al)

Annika Klüh (al)

Martin Schmidt (LiLi)

Roman Boukes (al)

Michael Wolf (al)

Grund- und Freiheitsrechte

Veronika Pütz (LiLi)

Jos Schaefer-Rolffs (LiLi)

Ingmar Wichert (GHG)

Tobias König (al)

Kritische Wissenschaften

Markus Reiss (LiLi)

Lars Laute (LiLi)

Michael Grewing (LiLi)

Vielfalt und Integration

Mohamed Nour Chahid (GHG)

Gökhan Tas (GHG)

Talha Arslan (GHG)

Ömer Gentürk (GHG)

Kultur und Wohnen

Anne Reisenweber (SWIB)

Dominik Gerland (al)

Tuba Özat (GHG)

Damian Pütz (LiLi)

Patrick Stender (SWIB)

Serpil Yokus (GHG)

Matthias Brunnert (SWIB)

Sebastian Dittmann (LiLi)

Service, Soziales und Sport

Kim Raese (al)  
Nina Krug (al)  
Fan Song (LiLi)  
Jan Benjamin Brill (al)  
Ahmad Al-Arkawi (GHG)  
Harold Jeffrey Armand Padonou (LiLi)  
Christian Wolf (al)  
Sanny Ghilain Mambou Tagné (LiLi)  
Mabruka Hssoumi (GHG)  
Stefanie Konetzka (al)

Frieden und Antirassismus

Anani Guy Adjadji (LiLi)  
Baris Yesil (LiLi)  
Cihan Akyildiz (LiLi)

Ökologie und Verkehr

Sophia Heinrich (SWIB)  
Benjamin Sadowski (GHG)  
Nadya Arzouni (GHG)  
Sven Schulz (GHG)  
Daniel Paeben (GHG)

Die Bestätigung der ReferentInnen ergibt sich zu:  
23 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

TOP 11: Zweite und dritte Lesung des Haushalts 2009/2010

Haushaltspunkt E1:

Julian Fennhahn (RCDS) merkt an, dass der Punkt „Spenden und Sponsoring“ (16) noch nicht konkretisiert sei. Jonas erklärt, dass es geplant sei, nichts einzunehmen. Ingmar Wichert (GHG) meint, es soll lieber vorsichtig geplant werden.

Julian Fennhahn (RCDS) bemerkt, dass Punkt 14 „Steuern und Gebühren“ auf null gesetzt wurde und will wissen, ob der Posten nur zum Vergleich zum letzten Jahr aufgelistet sei. Jonas bejaht dies.

Änderungsantrag der Juso HSG bleibt bestehen.

1. Änderungsantrag

Wir beantragen den Posten 13 „Rücklagen und Rückstellungen“ bei den Ausgaben für das Haushaltsjahr 2009/2010 um 2.800 € auf 12.200 € zu kürzen. Der AstA bewirtschaftet bereits die laut HWVO

erforderlichen Rücklagen. Aus diesem Grund kann man die zusätzlichen Investitionen in die Rücklagen senken um dafür andere Bereiche stärker zu fördern.

Der Antrag wird abgestimmt: 8 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

### Antrag der Juso HSG

#### 2. Änderungsantrag

Wir beantragen bei Posten 16 „Spenden und Sponsoring“ die Erhöhung der Einnahmen um 2.000 € auf 2.000 €. Sowohl das Campusfest – um nur eine Möglichkeit hervorzuheben – als auch andere Veranstaltungen sind gute Gelegenheiten um Sponsoren zu gewinnen.

Der Antrag wird abgestimmt: 8 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

### Abstimmung über den gesamten Absatz E1:

22 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen / E1 ist angenommen.

### Haushaltspunkt E2:

Thomas Herwig (RCDS) fragt, wie es vertretbar sei, bei den ohnehin schon hohen Belastungen noch den Sozialbeitrag zu erhöhen. Karsten Finke (GHG) merkt an, dass damit Sozialfonds aufgestockt würden.

René Voss (Linke Liste) erklärt, dass dies die Sitzung der Änderungsanträge sei und Fragestellungen im Ausschuss gestellt werden müssen.

### Antrag der Juso HSG

#### 3. Änderungsantrag

Wir beantragen bei Posten 21 „Sozialbeitrag“ die Senkung von 800.000 € auf 744.000 €. Die entspräche bei einer Anzahl von 31.000 Studierenden einem AStA-Beitrag von 12 € sowohl im Sommersemester 2009, als auch im Wintersemester 2009/2010.

Der Antrag wird abgestimmt: 8 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

### Abstimmung über den gesamten Absatz E2:

22 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen / E2 ist angenommen.

### Haushaltspunkt E3:

### Abstimmung über den gesamten Absatz E3:

22 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen / E3 ist angenommen.

### Haushaltspunkt E4:

Abstimmung über den gesamten Absatz E4:

22 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen/ E4 ist angenommen.

Haushaltspunkt E5:

Abstimmung über den gesamten Absatz E5:

22 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen/ E5 ist angenommen.

Haushaltspunkt E6:

Änderungsantrag der Juso HSG.

4. Änderungsantrag

Wir beantragen, dass bei Posten 61.1 „Personalkosten“ die Ausgaben um 12.100 € auf 100.000 € gesenkt werden, weil wir dagegen sind einen Wirtschaftskordinatoren einzuführen, da es für die AStA-Betriebe bereits Geschäftsführer gibt und da laut Hochschulgesetz und Satzung der Studierendenschaft der Ruhr-Universität Bochum der AStA-Vorsitzende selbst teilweise dafür zuständig ist.

Änderungsantrag der Jusos HSG wird zurückgezogen.

Abstimmung über den gesamten Absatz E6:

22 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, / E6 ist angenommen.

Haushaltspunkt E7:

Änderungsantrag der Juso HSG.

5. Änderungsantrag

Wir beantragen bei Posten 72 „AStA“ bei den Ausgaben eine Senkung der Aufwandsentschädigungen für den AStA von 113.400 € auf 90.000 €, da es den Studierenden gegenüber nicht zuzumuten ist, dass sie einen hohen AStA-Beitrag dafür zahlen müssen, dass diejenigen, die schon von Studiengebühren befreit sind, zusätzlich noch üppige Aufwandsentschädigungen erhalten.

Antrag der Jusos zu E7 bleibt bestehen – Änderung auf 82.900 Euro. Der Änderungsantrag wird abgestimmt:

Der Antrag wird abgestimmt: 5 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung  
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Juso HSG.

6. Änderungsantrag

Bei Posten 76 „Sozialabgaben“ beantragen wir eine Senkung der Ausgaben um 22.100 € auf 30.000 €. Da wir ebenfalls die Senkung der Aufwandsentschädigungen beantragen, ist es nur logisch, dass die Sozialabgaben mit sinken.

Wird zurückgezogen

Abstimmung über den gesamten Absatz E7:

22 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, / E7 ist angenommen.

Haushaltspunkt E8:

### Änderungsantrag der Juso HSG.

#### 7. Änderungsantrag

Bei Posten 812.8 „Sonstiges“ beantragen wir eine Senkung der Ausgaben um 3.000 € auf 910 €. Wenn der AstA weiteren Vereinigungen beitreten möchte, sollte er dies zur Abstimmung im Studierendenparlament zur Abstimmung stellen. Es steht den Grundsätzen einer transparenten Haushaltsführung entgegen, dass hier nur von „sonstigen“ Verbänden die Rede ist.

Der Antrag wird abgestimmt: 5 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung  
Damit ist der Antrag abgelehnt.

### Änderungsantrag der Juso HSG.

#### 8. Änderungsantrag

Wir beantragen, dass der Posten 814.1 „Autonomes Frauen- und Lesbenreferat“ was die Ausgaben betrifft dem Posten 814.3 „Autonomes Schwulenreferat“ angeglichen wird, da wir der Meinung sind, dass die Arbeit des autonomen Schwulenreferats genauso wichtig ist wie die des autonomen Frauen-Lesbenreferats. Zwar repräsentiert das autonome Frauen-Lesbenreferat zwei universitäre Gruppen – Frauen und „Lesben“ – und das autonome Schwulenreferat nur eine, aber gerade deswegen und aufgrund männlicher/chauvinistischer Heteronormativität, die in unserer Gesellschaft immer noch Mainstream ist, ist die männliche Homosexualität noch weniger als die weibliche Homosexualität gesellschaftlich anerkannt.

Durch die Erhöhung der Mittel für das autonome Schwulenreferat wollen wir dem entgegenwirken.

Der Antrag wird abgestimmt: 3 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung  
Damit ist der Antrag abgelehnt.

### Abstimmung über den gesamten Absatz E8:

22 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, eine Enthaltung / E8 ist angenommen.

### Haushaltspunkt E9:

### Änderungsantrag der Juso HSG.

#### 9. Änderungsantrag

Wir beantragen bei Posten 92.1 „Projekte“ und 92.2 „Zuschüsse zu Veranstaltungen“ jeweils eine Erhöhung um 5.000 € auf 20.000 € bzw. 10.000 €.

Der Antrag wird korrigiert, somit soll jeweils um 2.500 € erhöht werden.

Der Antrag wird abgestimmt: 4 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 4 Enthaltung  
Damit ist der Antrag abgelehnt.

### Abstimmung über den gesamten Absatz E9:

22 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, eine Enthaltung / E9 ist angenommen.

### Haushaltspunkt E10:

### Änderungsantrag der Juso HSG.

#### 10. Änderungsantrag

Wir beantragen bei Posten 102 „Zuschüsse für Vereinigungen und Initiativen“ eine Senkung der Ausgaben um 17.000 € auf 49.000 €. Außerdem beantragen wir eine Änderung des Postens, damit lange bestehende Hochschulinitiativen ihre eigenen Posten erhalten und damit das ganze transparenter wird.

Wir schlagen folgende Änderungen vor:

MegaFON 7.500 €

Studienkreis Film 10.000 €

CT das Radio 10.000 €

IbS (Initiative der behinderten und nicht behinderten Studierenden) 3.500 €

Studentische Initiativen 18.000 €

Wobei bei 5. hervorzuheben ist, dass „studentische Initiativen“ gefördert werden sollen und nicht „sonstige Initiativen“. Die Initiativen und Vereinigungen an der Ruhr-Universität, die traditionell vom AstA gefördert werden, sollten einen Anspruch auf einen festen Betrag haben. Dies kann nur abschließend durch einen eigenen Haushaltstopf garantiert werden.

Jochen Kreuzsch (LiLi) Vorsitzender des Haushaltsausschusses empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird abgestimmt: 6 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den gesamten Absatz E10:

22 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, eine Enthaltung / E10 ist angenommen.

### Haushaltspunkt E11:

Änderungsantrag der Juso HSG.

11. Änderungsantrag

Wir beantragen bei Posten 111.1 „Umsatzerlöse“ die Senkung der Einnahmen um 30.000 € auf 175.000 €, da das KulturCafé immer weniger Einnahmen zu verzeichnet hat. Die Zahl im Ansatz könnte nur hinkommen, wenn man die Preise drastisch erhöht. Zwar begrüßen wir den Anspruch des AstA für starke Umsätze im KulturCafé zu sorgen, jedoch sind 200.000 € Umsatz angesichts der sinkenden Umsätze im KulturCafé und der sinkenden durch das Nichtraucherschutzgesetz begründeten Nachfrage nicht zu erzielen.

Sascha Roncevic (Juso HSG) bevorzugt eine konservative Haushaltsführung. Jan Eufinger (LiLi) erklärt, es werde zu den Aufgaben des Wirtschaftskoordinators bzw. der Wirtschaftskoordinatorin gehören. Sascha meint, Mehreinnahmen kann man in den Nachtragshaushalt einplanen. Sven Ellmers (LiLi) erklärt, die Entwicklung im Kulturcafé sei positiv. Sascha meint, man müsse die Weltwirtschaftskrise und den Nichtraucherschutz mit einrechnen.

Der Antrag wird abgestimmt: 3 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Juso HSG.

12. Änderungsantrag

Wir beantragen bei Posten 114.3 „Personalaufwand“ die Senkung der Ausgaben um 4.000 € auf 19.000 €. Laut dem Ansatz ist der Materialaufwand praktisch der gleiche, d.h. es wird nicht mehr produziert, was wiederum bedeutet, dass man nicht mehr Personal braucht. Angesichts dieser Überlegung halten wir die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr um 8.000 € nicht für nötig.

Karsten Finke (GHG) erklärt, dass die bsz-Redaktion für ein geringes Gehalt viel Arbeit leistet. Das Gehalt soll daher erhöht werden. Die Jusos ziehen daraufhin ihren Antrag zurück.

Abstimmung über den gesamten Absatz E11:

22 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen / E11 ist angenommen.

Haushaltspunkt E12:

Änderungsantrag der Juso HSG.

13. Änderungsantrag

Wir beantragen bei den Ausgaben des Postens 124 „Rechtsschutz für Studierende“ die Erhöhung um 4.000 € auf 9.000 €. Der AStA sollte somit die Gewährung des Rechtsschutzes für Studierende ausweiten.

Sascha Roncevic (Juso HSG) fordert die Aufstockung des Topfes für Rechtsschutz für Studierende. Benjamin Bettinger (al) entgegnet, dass der AStA nicht plane, sich strafbar zu machen. Zwischenruf Sascha Bednarz (RCDS): „Das haben wir über andere Töpfe gebucht.“ Ingmar Wichert (GHG) stellt klar, dass der Rechtsschutz für Studierende nicht eingeschränkt wurde.

Der Antrag wird abgestimmt: 5 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 3 Enthaltung  
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den gesamten Absatz E12:

22 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen / E12 ist angenommen.

Die 2. Lesung ist somit abgeschlossen. Es folgt die 3. Lesung. Der gesamte Haushalt wird nun abgestimmt.

Votum des Haushaltsausschuss des 42. Studierendenparlaments:

Empfehlung des Haushaltsausschusses zum Haushaltsplan 2009/2010

Der Haushaltsplan wurde nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit aufgestellt. Einnahmen und Ausgaben sind ausgeglichen, Zuweisungen für die Fachschaften wurden als Selbstbewirtschaftungsmittel ausgewiesen, der Stellenplan ist vorhanden und die Darstellung im Haushaltsplan macht sowohl die Einnahmequellen als auch die Verwendung der Mittel transparent. Die Vorgaben der HWVO wurden demnach vollständig erfüllt. Der Haushaltsausschuss empfiehlt daher dem 42. Studierendenparlament die Verabschiedung des Haushaltsplans in der vorliegenden Form.

Diese Empfehlung wurde mit 4 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen abgestimmt. (handschriftlicher Vermerk auf dem Original)

## Erklärung der Wahlliste Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Verlesen durch Thomas Herwig (RCDS).

Sondervotum zum Haushaltsplan für die verfasste Studentenschaft für das Haushaltsjahr 2009/ 10 von Thomas Herwig (stellv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses) für die Fraktion des RCDS Bochum. Die Fraktion des RCDS Bochum empfiehlt dem Studentenparlament der Ruhr-Universität Bochum, den vorgelegten Haushaltsplan nicht zu beschließen.

Dem liegen folgende Erwägungen zu Grunde:

1.) Im Haushaltstitel E2 (Sozialbeitrag) werden gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen in Höhe von 35.500 € veranschlagt; insgesamt 800.000 €. Diese sollen durch eine Erhöhung des Semesterbeitrages für die Studenten zum Wintersemester 2009/ 10 um 1 € erreicht werden. Es ist unverantwortlich, in Zeiten von ohnehin hohen Belastungen für die Studenten eine Zwangsabgabe zu erhöhen. Insbesondere besteht dafür aktuell kein Anlass, da die angefallenen Kosten der Jusos-Mensaparty vollständig getilgt wurden und der AstA über ausreichende Rücklagen verfügt. Die Studentenschaft ist verpflichtet, die Semesterbeiträge nach den voraussichtlich anfallenden Kosten zu berechnen. Wie im folgenden zu zeigen ist, sind auch Mehrausgaben nicht zu rechtfertigen, bzw. Sparpotenziale vorhanden.

2.) Der Haushaltstitel E7 (Aufwandsentschädigungen) weist insgesamt Ausgaben in Höhe von 215.690 € auf. Dies ist eine Erhöhung um 60.372,42 € gegenüber dem Vorjahr. Die durch das Urteil des Bundesfinanzhofs nun für AstA-Tätigkeit anfallenden Sozialabgaben belaufen sich jedoch nur auf 52.100 €, weswegen bereinigt personelle Mehrausgaben in Höhe von 8272,42 € veranschlagt sind. Dies ist nicht notwendig. So sollen laut Auskunft des Finanzreferenten die Aufwandsentschädigungen für eine volle Stelle bei 525 € verbleiben. Im Haushaltsjahr 2007/ 08 lag diese bei 500 €. Der Vorbildcharakter, den die AstA-Referenten innehaben, verbietet es, die Aufwandsentschädigung in der jetzigen Höhe beizubehalten. Insbesondere muss dies unter dem Aspekt betont werden, dass die bisherigen und höchstwahrscheinlich auch zukünftigen Referenten ihren Tätigkeiten und Pflichten bislang sehr unzulänglich nachgegangen sind. So werden Beratungs- sowie Öffnungszeiten nicht eingehalten und es liegen oftmals gravierende Defizite in der Arbeit der Referenten vor, die sich nicht zuletzt durch mangelnde Sachkenntnis ergeben.

3.) Insbesondere ist nicht zu verstehen, warum solch hohe Personalkosten für autonome Referate ausgegeben werden (Haushaltstopf 74, gleicher Haushaltstitel). Diese Referate vertreten nur einen Bruchteil der Studenten. Selbst die von ihnen angeblich angesprochenen Minderheiten erreichen sie oft nicht und diese fühlen sich von den Referatsmitgliedern – wie eine Befragung durch den RCDS ergab - nicht repräsentiert.

4.) Dasselbe muss für die FSVK und sonstige Gremien (Haushaltstopf 73, gleicher Haushaltstitel; Personalkosten in Höhe von 17.400 € veranschlagt) bemerkt werden. Die Sinnhaftigkeit von solch hohen Personalkosten für die FSVK konnte der AstA nicht erklären. Es drängt sich insgesamt der Verdacht auf, dass die Personalkosten nicht nach tatsächlich anfallendem Bedarf errechnet wurden, sondern einzig und allein in dieser Höhe bestehen, um Personen zu versorgen und einen ausreichenden Pool an Stellen für die Koalition zu schaffen.

5.) Im Haushaltstitel E8, Haushaltstopf 805 werden Rechtsanwalts- und Gerichtskosten in Höhe von 21.000 € errechnet. Dies soll notwendig sein, um ein Gutachten über die Juso-Mensaparty zu erstellen und eventuelle Ansprüche daraus geltend zu machen. Die angesetzte Summe erscheint hoch, insbesondere unter dem Aspekt, dass die vom AstA beauftragte Kanzlei Dorka, Wings & Schmitz laut eigener Auskunft auf ihrer Homepage ihren Tätigkeitsschwerpunkt vor allem im Strafrecht und in verschiedenen Bereichen des Zivilrechts sowie im Sozial- und Ausländerrecht hat; nicht jedoch im Hochschulrecht, stattdessen aber enge Verbindungen zur Linken Liste bestehen (Rechtsanwälte der Kanzlei haben auf dieser Liste kandidiert).

6.) Der Haushaltstopf 812 (gleicher Haushaltstitel) beinhaltet Ausgaben für die Mitgliedschaft in Verbänden in Höhe von 11.000 €. Es ist haushaltspolitisch nicht vertretbar, jährlich über 1000 € für eine Mitgliedschaft beim Verband der Rock- und Popmusiker auszugeben. Ein Hochschulbezug ist hier nicht ersichtlich.

7.) Der Haushaltstopf 814 (gleicher Haushaltstitel) weist Ausgaben für die autonomen Referate in Höhe von 44.000 € aus. Unter dem Gesichtspunkt das diese, wie oben bereits dargelegt, eher unzulängliche Arbeit auf ihren Gebieten leisten, ihr Sinn und Zweck fragwürdig ist und die von ihnen angeblich

vertretenen Minderheiten sich durch diese größtenteils nicht repräsentiert fühlen, ist die Summe in der Höhe nicht zu rechtfertigen.

8.) Der Haushaltstitel E10 ist mit 147.610 € für Veranstaltungen veranschlagt. Allein 23.000 € werden für nicht näher bezeichnete Veranstaltungen ausgewiesen. Im Haushaltstopf 102 werden 66.000 € als Zuschüsse für Vereinigungen und Initiativen bereitgestellt. Es steht zu befürchten, dass diese nur vage beschriebenen Töpfe mit diesen hohen Summen größtenteils für nichtstudentische Zwecke (antifaschistische Arbeit ohne Hochschulbezug) ausgegeben werden. Genaue Angaben zur Mittelverwendung konnte der Finanzreferent nicht machen.

9.) Im Haushaltstitel E11 werden 511.950 € als Ausgaben für die Wirtschaftsbetriebe des AStAs verbucht. Dem stehen voraussichtliche Einnahmen von 388.500 € gegenüber. Es ergibt sich somit ein Verlust von 123.450 €. Ob hierbei noch ein vernünftiges Maß an Wirtschaftlichkeit eingehalten wird, erscheint fraglich. Insbesondere Druckerei und Copyshop sind von Studenten subventionierte Betriebe, die weder in finanzieller noch in qualitativer Hinsicht gegenüber den privaten Anbietern gleicher Dienstleistungen auf dem Campus Vorteile für die Studenten bieten. Aus diesem Grund dürften die Einnahmen auch die Ausgaben unterschreiten. Eine Aufrechterhaltung dieser Betriebe ist daher nicht geboten.

10.) Auch die Ausgaben für die bsz (Bochumer Stadt und Studentenzeitung) stehen in keinem Verhältnis zu dem von ihr erreichten Leserkreis und der inhaltlichen Qualität. Wie schon bei den übrigen Wirtschaftsbetrieben ist jedoch wohl auch hier ein direkter Bezug zwischen mangelnder Wirtschaftlichkeit und dem Angebot beziehungsweise Produkt an sich festzustellen.

11.) Im Haushaltstitel E12 werden Sozialleistungen in Höhe von 135.600 € bereitgestellt. Es konnte nicht geklärt werden, was unter den Mensafreitischen im Haushaltstopf 121 zu verstehen ist. Des Weiteren erscheint es fraglich, ob bei dem in Deutschland vorhandenen, gut ausgebauten sozialen Netz der AStA weitere Sozialleistungen in dieser Höhe anbieten muss. Insbesondere werden diese teilweise von rechtlich eigenständigen Vereinen, wie beim Ausländer Hilfsfonds, verteilt und sind somit konkret der Kontrolle des Studentenparlaments vollkommen entzogen. Hier besteht eine große Gefahr des Missbrauchs studentischer Gelder und dies wird durch die Vergabepaxis des AStAs zumindest gebilligt.

Abschließend lässt sich nach dem oben Gesagten festhalten, dass der Haushalt der Studentenschaft für das Haushaltsjahr 2009/ 10 in keiner Weise dem Gebot aus § 2 I HWVO NRW, dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, entspricht. Vielmehr wird in vielen Bereichen wesentlich mehr Geld ausgegeben, als erforderlich wäre, um die der Studentenschaft vorgegebenen Aufgaben ordnungsgemäß durchzuführen. Der Haushaltsplan ist vielmehr geprägt durch Klientelpolitik, um sich bei bestimmten universitären Gruppen, die nicht die Mehrheit der Studentenschaft darstellen, die Gunst für kommende Wahlen zu erhalten.

Dem vorgelegten Haushaltsplan für die verfasste Studentenschaft für das Haushaltsjahr 2009/ 10 ist somit nicht zuzustimmen.

Jan Keitsch (GHG) merkt zur Erklärung des RCDS an, dass er es für höchst heuchlerisch und extrem populistisch halte, eine mögliche Beitragserhöhung um 1 Euro aus Gründen der sozialen Unverträglichkeit abzulehnen, wenn man gleichzeitig die ungleich höheren Studiengebühren befürworte. Außerdem bittet er den RCDS, doch zukünftig die Namen von Institutionen wie der Bochumer Stadt- & Studierendenzeitung korrekt zu nennen, statt aus politischen Gründen falsche Bezeichnungen zu wählen.

**Erklärung der Wahlliste Juso Hochschulgruppe. (Wurde angekündigt und nachgereicht)**

Wir, die VertreterInnen der Juso-Hochschulgruppe Bochum, erklären geschlossen gegen den am 1. April vorgelegten Haushalt abgestimmt und ausgesprochen zu haben. Zur Begründung möchten wir die folgenden Anmerkungen auführen:

- Der Posten 13 „Rücklagen und Rückstellungen“ ist mit 15.000,- € viel zu hoch angesetzt. Der AStA bewirtschaftet bereits die laut HWVO erforderlichen Rücklagen. Einen derart hohen Betrag in die Rücklagen zu führen sorgt dafür, dass für wichtige und sozialen Arbeiten und Projekte weniger Mittel zur

Verfügung stehen. So sollten unserer Meinung nach beispielsweise die Posten 92.1 „Projekte“ und 92.2 „Zuschüsse zu Veranstaltungen“ oder Posten, die Sozialleistungen beinhalten, wie etwa der Posten 124 „Rechtsschutz für Studierende“ erhöht werden. Diese drei genannten Posten sind nur wenige von vielen sinnvollen Posten, in denen die oben genannten Mittel besser im Sinne und zum Wohle der Studierendenschaft angelegt sind. Als VertreterInnen der Studierendenschaft, denen im besonderen Maße soziale Belange der Studierendenschaft am Herzen liegen, bedauern wir, dass in diesem Bereich weniger investiert wurde, als dies möglich war.

- Wir missbilligen, dass für den Posten 16 „Spenden und Sponsoring“ keine Einnahmen vorgesehen sind. Zwar wird dies mit einer konservativen Haushaltsführung begründet, jedoch sehen wir durchaus ein realistisches Potential, hier Einnahmen herbeiführen zu können. Nicht nur Großveranstaltungen wie das Campusfest oder Werbung in der bsz, sondern auch die Wirtschaftsbetriebe des AStAs bieten hier eine Grundlage im Sinne der Studierendenschaft Sponsoren zu gewinnen. Insbesondere weisen wir auf das KulturCafé hin. Hier können Sponsoring und Kooperationen in einem für das Gastronomiegewerbe üblichen Umfang ohne großen Aufwand realisiert werden. Wir sehen im Nullansatz der AStA-Koalition den ausgesprochen Unwillen, diese Einnahmequelle für die Studierendenschaft zu nutzen. Sei es aus schlichter Aversion gegen das Spenden- und Sponsoringprinzip oder eine selbsterkannte Unfähigkeit, diese grundlegenden Aufgaben zu übernehmen – beides rechtfertigt nicht den Verzicht auf diese Mittel. Das Studierendenparlament sollte dem AStA hier einen klaren Auftrag geben, auch diese Einnahmequellen zu realisieren.

- Erschreckend ist auch, dass der vorgelegte Haushalt an vielen Stellen Intransparenzen aufweist. Beispiele hierfür sind unter anderem der Posten 812.8 „Sonstiges“ oder der Posten 102 „Zuschüsse für Vereinigungen und Initiativen“. Der Posten 812.2 beinhaltet Mitgliedsbeiträge in Gesamthöhe von 3000,- € für Verbände, die nicht genannt werden. Gerade auch der Topf 102 zeigt keine Ansätze, in welchem Maße was gefördert werden soll. Eine sinnvolle Förderpolitik muss natürlich geplant und mit Eckpfeilern beschrieben werden, damit erkennbar ist, welche Schwerpunkte und Kriterien einer entsprechenden Politik zugrunde liegen. Diese Grundsätze sind im vorgelegten Haushaltsplan nicht zu erkennen. Unter anderem deswegen ist er abzulehnen.

- Eben so missbilligen und bedauern wir es, dass Initiativen, wie MegaFon, der Studienkreis Film (SKF), ct, das Radio oder die Initiative der behinderten und nicht behinderten Studierenden (IbS) nicht explizit in der Förderung genannt werden. Diese Institutionen leisten seit langem eine sehr wichtige Arbeit für die Studierendenschaft. Wir sind der Meinung, diesen Initiativen muss jeweils ein eigener Fördertopf zugestanden werden. Zum einen kann so eine unbürokratische Förderung realisiert werden. Zum andern werden so die Initiativen motiviert, ihre hochqualifizierte Arbeit fortzusetzen. Ehrenamt braucht auch im universitären Umfeld nicht nur ein Einzelprojekt, sondern auch eine sichere Grundlagenförderung. • Als fast schon unseriös im Sinne einer konservativen Haushaltsführung rügen wir, dass im Posten 111.1 „Umsatzerlöse“ Umsätze von über 200.000,- € im KulturCafé angesetzt werden. Das gesamtwirtschaftliche Umfeld hat seit einigen Monaten eine erhebliche Schwächung erlitten. Dies ist auch für viele Studierende nicht ohne Konsequenzen. Die oft prekären Beschäftigungsverhältnisse sind von „der Wirtschaftskrise“ besonders betroffen und können zu Umsatzeinbußen auch im KulturCafé führen. Immerhin darf sich die Mehrheit der Studierendenschaft nicht über eine Erhöhung ihrer Bezüge freuen – im Gegensatz zu den Referentinnen und Referenten des 42. Allgemeinen Studierendenausschusses.

- Auch in der Minderheitenpolitik, deren finanzielle Grundlage der vorgelegte Haushaltsplan ist, stößt auf Unverständnis. So können wir es nicht nachvollziehen, wieso das Autonome Schwulenreferat deutlich weniger Zuwendungen erhält, als etwa das Autonome Frauen-Lesbenreferat. Beide leisten in der Überwindung des heteronormativen Gesellschaftsideals eine wichtige Arbeit. Jedoch ist es falsch hier zu argumentieren das Frauen-Lesbenreferat arbeitet in der Frauen- und Lesbenpolitik in jeweils unabhängigen Themengebieten. Eine Frauen- und Lesbenpolitik ist nicht nur historisch miteinander verbunden, sondern stellt auch inhaltlich eine untrennbare Einheit dar. Auch darf nicht der Grundsatz gelten: je kleiner die Minderheit, desto geringer die Finanzmittel. Diese Art der Förderung hat mit einer gerechten und sinnvollen Förderung nichts zu tun. Wer so argumentiert, hat die Wichtigkeit der Minderheitenarbeit anscheinend - nicht nur an unserer Hochschule - nicht verstanden. Die Jusos, welche in ihrem Selbstverständnis ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband sind, unterstützen eine Förderung von Frauen im studentischen Alltag, wie allgemeinpolitisch. Wir Jusos an der RUB fordern daher eine finanzielle Gleichstellung vom FrauenLesben Referat und dem autonomen Schwulenreferat, da die männlichen Homosexuellen in unserer Gesellschaft gegen große Vorurteile zu kämpfen haben, welche in der vorherrschenden Heteronormativität begründet liegen.

- Ebenso nehmen wir mit großer Sorge zu Kenntnis, dass wiederholt eine Erhöhung des Sozialbeitrages sowohl im Sommersemester 2009 als auch im Wintersemester 2009/2010 angestrebt wird. Trotz eines erneuten Überschuss in Höhe von mehreren Zehntausend Euro wird hier von mehr Geld von jeder / jedem

einzelnen Studierenden genommen – ist doch die Erhöhung des Sozialbeitrages die bequemste und widerstandsfähigste Möglichkeit für einen AStA die Einnahmen zu erhöhen. Nimmt man eine konstante Anzahl von ca. 30.000 Studierenden als Grundlage, so stellt dieser Haushaltsansatz eine Erhöhung um 8% dar. Gerade in Zeiten von Studiengebühren (Studienbeiträgen) und eines geschwächten wirtschaftlichen Umfeldes können wir diese Mehrbelastung der Studierenden nicht einfach so hinnehmen. Berücksichtigt man noch die geplante Erhöhung der Aufwandsentschädigungen der fast 50 (!!!) AStA-ReferentInnen, so wird deutlich, dass diese Beitragserhöhung in keinem Fall etwa einer differenzierten Umverteilungspolitik von oben nach unten geschuldet ist. Sie ist viel mehr Symptom einer Umverteilung von Geld den Studierenden in „die Taschen der AStA-ReferentInnen“ darstellt. (Siehe hierzu Posten 72 „AStA“, bzw. Posten 76 „Sozialabgaben“. Dem vorgelegten Haushaltsplan haben wir Jusos eine rechnerisch ausgeglichene, transparentere und sozialere Alternative entgegen gesetzt. Dies zeigt deutlich: Die Haushaltspolitik des AStAs mag vielleicht dem Dunstkreis mehrerer selbstverständlicher „Finanzadministratoren“ entspringen, jedoch hat sie mit einer sozialen, transparenten und verantwortungsbewussten Politik nur in Ansätzen zu tun, so dass sie abzulehnen ist.

### Abstimmung über den gesamten Haushalt der Studierendenschaft 2009/2010.

22 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen  
Der Haushalt ist somit angenommen.

Ingmar Wichert (GHG) erklärt, dass antifaschistische Arbeit und Belange der Studierendenschaft nicht trennbar seien, weil es ein Teil von antifaschistischer Arbeit sei. Es sei richtig, dass der AStA antifaschistische Arbeit unterstützt.

#### TOP 12: Umbesetzung von Ausschüssen

René Voss und Lukas Gödde (beide LiLi) sind aus dem Wahlausschuss zurückgetreten. Aus dem Haushaltsausschuss tritt Michael Wolf (al) zurück.

Sven Elmers und Melanie Köhler (beide Lili) gehen in den Wahlausschuss. In den Haushaltsausschuss rückt Patrick Finn (al) nun als ordentliches Mitglied nach.

22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Die neuen Mitglieder werden aufgefordert, ihre Kontaktdaten dem Studierendenparlamentssprecher oder der Ausschussvorsitzenden zu übermitteln.

#### TOP 13: Verschiedenes

Thomas Herwig (RCDS) fragt, ob Interessierte auf den SP-Verteiler aufgenommen werden könnten. Der Parlamentssprecher wird sich darum kümmern.

Bochum, im April 2009  
für die Richtigkeit

Wolfgang S. Rettich  
Sprecher des Studierendenparlaments

Protokollführerin

Anna Dannert  
Parlamentarierin der Grünen Hochschulgruppe